

Nichts Neues in Sachen AHV

Regierungsrätin Renate Müssner prüft weiter Massnahmen

VADUZ – Eine bittere, aber wohl unvermeidliche Pille, die die Abgeordneten schlucken mussten. Die AHV hatte ein extrem schwieriges Jahr zu bewältigen. Doch viel mehr interessierte die Frage, wie es nun weitergehen soll.

• **Holger Franke**

Die Finanzkrise hat auch nicht vor der AHV haltgemacht. Das Jahr 2008 brachte einen buchmässigen Wertverlust von 350 Millionen Franken, das Gesamtergebnis mit einem Verlust von 139,12 Millionen Franken wurde durch Bewertungsreserven von 160 Millionen Franken begünstigt (das «Volksblatt» berichtete bereits am 16. April). Gestern genehmigten die Abgeordneten nun den Geschäftsbericht der AHV-IV-FAK-Anstalten, wohl wissend, dass die AHV mit 10,27 Jahresausgaben noch immer über sehr hohe Reserven verfügt. Wohl wissend aber auch, dass langfristig Massnahmen zur Sicherung der AHV notwendig sind, wie alle Experten seit Monaten immer wieder betonen.

Wendelin Lampert (FBP) forderte, dass die Politik handeln müsse –

früher oder später: «Nur eines ist klar, je länger wir mit Massnahmen warten, desto massiver und schmerzlicher werden dies dann zu diesem Zeitpunkt unumgänglichen Korrekturen sein.» Manfred Batliner (FBP) erinnerte daran, dass der damalige Sozialminister Hugo Qauderer (VU) bereits im vergangenen Sommer ein Massnahmenpaket zur langfristigen Sicherung der AHV vorlegen wollte. Und auch der VU-Abgeordnete Günther Kranz drückte auf das Tempo: «Frau Müssner, denken Sie, dass Sie den Landtag nach der Sommerpause in Kenntnis setzen können?»

Wo wird es Einschnitte geben?

Renate Müssner selbst machte keine konkreten Angaben, welche der seit November letzten Jahres bekannten Massnahmen, wie beispielsweise die Erhöhung des Rentenalters oder die Streichung des Weihnachtsgeldes, in Frage kä-

men: Stattdessen verwies sie lediglich auf eben jene bekannte Studie der Universität St. Gallen und betonte mehrfach, dass eine Steuerungsgruppe derzeit mit weiteren Abklärungen beschäftigt sei.

Zuerst müsse aber die Frage des Staatsbeitrages geklärt werden, wie schon Anfang Mai angekündigt. Wie die Entwicklung des Staatsbeitrages aber aussehen soll, liess Müssner offen. Mit Ergebnissen wird nun bis zum «späteren Herbst» oder bis zum «Ende des Jahres» gerechnet, wie die Ressortinhaberin in Aussicht stellte.

«Handeln sollten wir am Anfang einer Legislatur, wie es bereits seine Durchlaucht der Erbprinz ausgeführt hat», erklärte der Abgeordnete Wendelin Lampert (FBP).

